

Sehr geehrte Stadtvertretende,
bereits die Form des Antrages der AfD ist ein Affront gegen die Stadtvertretung. Anträge sind grundsätzlich an die Stadtpräsidentin zu richten, die dann nach Prüfung veranlasst, diese auf die Tagesordnung der jeweiligen Ausschusssitzung zu setzen. Mit diesen Vorgängen, der Prüfung und Veranlassung ist Frau Lunkowski nicht betraut.

Nun zum Antrag der AfD selber, in dem der Bürgermeister beauftragt werden soll, sich

1. für die generelle Öffnung der Demminer Schulen einzusetzen und
2. sich für die Abschaffung der Maskenpflicht für Grundschüler in den Demminer Schulen einzusetzen.

Liebe Stadtvertretende, die Übertragung von Covid-19 Viren auszuschließen und zum anderen fast normalen Schulunterricht zu ermöglichen, vor diesem Dilemma stehen wir.

Bevor wir hier aber den Bürgermeister mit einem Sonderweg für Demmin beauftragen, sollten wir uns an die Anordnungen halten, die von der Landesregierung herausgegeben wurden

Ab Mittwoch, 17. März 2021, können in Mecklenburg-Vorpommern wieder mehr Kinder und Jugendliche ihre Schulen besuchen und Unterricht in Präsenz erhalten.

Das betrifft also aktuell die Landkreise (LK) Ludwigslust-Parchim, LK Rostock, **Mecklenburgische Seenplatte**, Vorpommern-Greifswald, Vorpommern-Rügen sowie die kreisfreien Städte Rostock und Schwerin:

Es gilt Präsenzpflcht für alle Jahrgangsstufen in allen Schularten (Primar- und Sekundarbereich I und II) in der jeweiligen Unterrichtsform (Präsenz-, Wechselunterricht an den Tagen in der Schule).

Ausgenommen davon sind diejenigen Schülerinnen und Schüler, die aufgrund der einschlägigen Regelungen des Hygieneplans vom Schulbesuch befreit sind. Diese werden in Distanz unterrichtet.

Andere Anträge auf Befreiung von der Präsenzpflcht können gestellt werden und sollen großzügig gehandhabt werden. Diese Schülerinnen und Schüler erhalten Aufgaben für selbstständiges häusliches Lernen.

Aus diesen vorgetragenen Gründen lehnen wir den Antrag der AfD ab

Friedrichs, Fraktionsvorsitzender IVD